

# Wochenbericht

## **Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit**

Seite **556**

Die Ungleichheit bei der Verteilung der Markteinkommen ist erstmals seit dem Mauerfall zurückgegangen. Gleichzeitig hat das Armutsrisiko abgenommen – das erste Mal in den vergangenen zehn Jahren. Hauptursache ist der konjunkturell bedingte Beschäftigungsaufbau und die damit einhergehende Verringerung der Arbeitslosigkeit.

**von Joachim R. Frick und Markus M. Grabka**

## **Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut**

Seite **557**

**Fünf Fragen an Joachim R. Frick**

## **Jahrelanger Trend zunehmender Lohnspreizung gestoppt**

Seite **567**

Das Auseinanderdriften hoher und niedriger Löhne ist vorerst gestoppt, in Ostdeutschland ging die Lohnspreizung seit dem jüngsten Beschäftigungsaufschwung sogar zurück. Und der jahrelang wachsende Niedriglohnsektor legte nicht weiter zu.

**von Karl Brenke**

## **DIW-Konjunkturbarometer September 2008**

Seite **573**

Wirtschaftswachstum: Rote Null im dritten Quartal

## **Publizieren im Elfenbeinturm? Wann die Öffentlichkeit an akademischen Rankings interessiert sein muss**

Seite **574**

**Kommentar von Klaus F. Zimmermann**

# Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit

Joachim R. Frick  
jfrick@diw.de

Markus M. Grabka  
mgrabka@diw.de

*Nach einer mehrjährigen Phase kontinuierlich steigender Einkommensungleichheit und Einkommensarmut ist es im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs der letzten Jahre zu einer Umkehr der Entwicklung gekommen. Nach den 2007 erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zum Einkommen der Haushalte im Jahr 2006 ging die „Armutsrisikoquote“ von 18 Prozent auf 16,5 Prozent zurück. Dies entspricht einer Verringerung der Zahl der von einem Armutsrisiko betroffenen Menschen um über eine Million. Während der Anteil der über längere Zeit davon Betroffenen auf hohem Niveau verharrt, sind deutlich weniger Menschen neu unter die Einkommensgrenze gerutscht, unterhalb derer von einem Armutsrisiko gesprochen wird.*

*Eine der Hauptursachen für Einkommensarmut besteht im Ausmaß und der Struktur der Arbeitslosigkeit. Dabei sind neben der individuellen Dimension, die durch die offizielle Arbeitslosenquote gemessen wird, auch die ökonomischen Konsequenzen für die von dieser Arbeitslosigkeit betroffenen weiteren Haushaltsmitglieder (zum Beispiel Kinder) zu berücksichtigen.*

## Rückgang der Lohnquote hält an

Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen (Lohnquote) ist seit der Jahrtausendwende kontinuierlich zurückgegangen, von mehr als 72 Prozent im Jahr 2000 auf unter 65 Prozent 2007. Die bereinigte Lohnquote<sup>1</sup> ist von 67 Prozent auf 61 Prozent gefallen (Abbildung 1). Der Beschäftigungsaufschwung seit Anfang 2006 hat trotz insgesamt gestiegener Arbeitsentgelte keine Trendumkehr bewirkt, da die Unternehmens- und Vermögenseinkommen noch stärker zugelegt haben. Neben den Kapitalgesellschaften und dem Staat erzielen auch private Haushalte Unternehmenseinkünfte, etwa durch selbständige Tätigkeit. Allerdings ist auch der Anteil der Einkommen aus Selbständigkeit und Betriebsüberschüssen am Volkseinkommen in den vergangenen Jahren zurückgegangen – von 14 Prozent zu Beginn der 90er Jahre auf zwölf Prozent 2007, und dies obwohl die Zahl der Selbständigen deutlich gestiegen ist.<sup>2</sup> Die Entwicklung der Selbständigeneinkommen deutet darauf hin, dass „neue Selbständigkeit“ in Zeiten hoher Unterbeschäftigung häufig nur gewählt wird, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden.<sup>3</sup>

**1** Bereinigt um den im Zeitverlauf veränderten Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen.

**2** So hat sich die Zahl der Selbständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger zwischen 1991 und 2007 um über 900 000 auf etwa 4,4 Millionen erhöht. Die Unternehmensgewinne haben sich von 1991 bis 2007 auf nunmehr 672 Milliarden Euro mehr als verdoppelt, während die Unternehmensgewinne im Sektor der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum nur um 24 Prozent zugelegt haben; vgl. Schwarz, N.: Einkommensentwicklung in Deutschland.

Konzepte und Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 3/2008, 197–206. Weitere mögliche Gründe für den geringeren Anstieg der Selbständigeneinkommen umfassen die schwache Entwicklung des privaten Verbrauchs, von dem viele Selbständige abhängen, sowie die über viele Jahre andauernde Krise in der Bauwirtschaft.

**3** Dies steht auch in Einklang mit der Beobachtung, dass die sogenannten „Solo-Selbständigen“, deren Zahl sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert hat, eher unterdurchschnittliche Einkommen aufweisen; vgl. Gutachten des Sozialbeirats zum Rentenversicherungsbericht 2007, 15.

Fünf Fragen an Joachim R. Frick

## „Arbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut“



### *Herr Dr. Frick, wie sind die Einkommen in Deutschland verteilt?*

Es gibt zum einen die Markteinkommen, die sich überwiegend aus Erwerbstätigkeit, Kapitaleinkünften und privaten Übertragungen speisen und zum zweiten die verfügbaren Einkommen, die nach der Umverteilung durch den Staat und die Sozialversicherungen entstehen. In beiden Fällen haben wir in Deutschland, gemessen am Einkommensjahr 2006, erstmals seit längerem wieder einen Rückgang von Ungleichheit. Der konjunkturelle Aufschwung ist nun auch in der Einkommensverteilung angekommen.

### *Wie hat sich der Aufschwung auf das Haushaltseinkommen ausgewirkt?*

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist in den letzten Jahren eher stagniert. Das liegt unter anderem an der Teuerung. Obwohl die nominalen Einkommen etwas gestiegen sind, sind die realen Einkommen nach Preisbereinigung eher gleich geblieben. Die Ungleichheit aber hat erfreulicherweise abgenommen. In Ostdeutschland haben wir zum ersten Mal seit dem Mauerfall eine rückläufige Einkommensungleichheit gemessen. Das betrifft sowohl die Markteinkommen wie auch die verfügbaren Einkommen. Damit einhergehend ist eine leicht rückläufige Armutsrisikoquote.

### *Wie viele Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht?*

Die Einkommensarmut in Deutschland ist seit der Jahrtausendwende bis zum Jahr 2006 stetig gestiegen. Wir haben nun zum ersten Mal einen Rückgang der Einkommensarmutsquote auf rund 16,5 Prozent. Das ist eine Korrektur, die in erster Linie mit der Arbeitsmarktentwicklung und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit zu tun hat.

### *Wie wird sich die Einkommensverteilung in Deutschland in Zukunft entwickeln?*

Kurzfristig sind die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitsmarktentwicklung besonders

relevant. Langfristig muss man bedenken, dass sich die Haushaltsstrukturen verändern. Es gibt einen Trend zu mehr Einpersonnen- und Alleinerziehenden-Haushalten. Diese Haushalte sind beim Ausfall von Erwerbseinkommen in der Regel auf staatliche Transfers angewiesen und können nicht auf die Erwerbseinkommen anderer Haushaltsmitglieder zurückgreifen. Damit wird die Versicherungsfunktion des privaten Haushaltes reduziert und auf den Staat verlagert. Das ist ein langfristiger Trend, der auch mit einer höheren Einkommensungleichheit einhergeht.

### *In der Diskussion um das Armutsrisiko werden immer wieder Forderungen nach einem generellen Mindestlohn oder höheren Transferleistungen laut. Wie sollte die Politik reagieren?*

In der Diskussion sind insbesondere das Kindergeld und der Mindestlohn. Kindergeld wird in Deutschland nicht bedürftigkeitsgeprüft ausgezahlt. Insofern würde eine pauschale Erhöhung des Kindergeldes auch zu

Der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre ist in der Einkommensverteilung angekommen. » «

Mitnahmeeffekten bei reicheren Haushalten führen. In der Diskussion um den Mindestlohn werden häufig arbeitsmarktökonomische und verteilungspolitische Argumente verquickt. Sicherlich kann mit dem Mindestlohn versucht werden, einen „unanständigen“ Lohn zu verhindern. Insofern kann vielleicht eine Grenze von fünf oder sechs Euro gezogen werden, aber höhere Forderungen schlicht mit Verteilungsargumenten zu begründen, ist überzogen. Eine langfristige Strategie zur Armutsreduktion muss auf bildungspolitische Maßnahmen setzen: Wir müssen sozial und ökonomisch Schwächeren einen unbeschränkten Zugang zum deutschen Bildungssystem ermöglichen. Damit erhöhen sich auch die Chancen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration – zugleich sinkt das Risiko für Langzeitarbeitslosigkeit deutlich, also eine der Hauptursachen für Armut.

PD Dr.  
Joachim R. Frick,  
Stellvertretender  
Abteilungsleiter  
der Abteilung  
Längsschnittstudie  
„Sozio-oekonomisches Panel“ (SOEP)  
am DIW Berlin

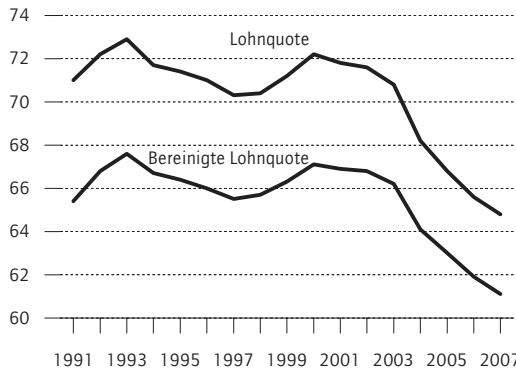
Das Gespräch führte  
Erich Wittenberg.

Das vollständige  
Interview zum Anhören  
finden Sie auf  
[www.diw.de](http://www.diw.de)

Abbildung 1

### Lohnquote und bereinigte<sup>1</sup> Lohnquote in Deutschland

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen in Prozent



<sup>1</sup> Bereinigt um den Anteil der Arbeitnehmer an allen Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Die einzige Komponente, deren Anteil am Volkseinkommen sich in den letzten Jahren deutlich positiv verändert hat, sind die Nettovermögenseinkommen der privaten Haushalte – der Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Ihr Gewicht ist von 14 Prozent zu Beginn der 90er Jahre auf 20 Prozent im Jahr 2007 gestiegen.

### Langjährige Stagnation der preisbereinigten Markteinkommen

Die aggregierten Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gestatten keine differenzierten Aussagen zur Einkommensverteilung. Dies ist nur anhand von Mikrodaten möglich. Die Einkommenssituation der privaten Haushalte in Deutschland wird hier auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) analysiert.<sup>4</sup> Dabei wird jeweils das im Jahr vor der Befragung erzielte Einkommen dargestellt.<sup>5</sup> Die Untersuchung bezieht sich auf die um Preissteigerungen bereinigten Markteinkommen, wobei der unterschiedlichen Größe und Zusammensetzung der Haushalte durch eine „Bedarfsgewichtung“ Rechnung getragen wird (Kasten 1). Die Markteinkommen der privaten Haushalte

<sup>4</sup> Das SOEP ist eine vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich erfolgt; vgl. Wagner, G. G., Frick, J. R., Schupp, J.: The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement. In: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Studies, Vol. 127(1), 2007, 139–169.

<sup>5</sup> Die Erhebung erfolgt überwiegend in den ersten beiden Quartalen eines Jahres und umfasst alle im Vorjahr bezogenen Einkommenskomponenten der aktuell im Haushalt lebenden Personen.

umfassen Erwerbseinkommen sowie Kapitaleinkünfte in Form von Miet- und Pachteinnahmen (einschließlich des Mietwertes selbstgenutzten Wohneigentums), Zinsen und Dividenden sowie Einkommen aus privaten Renten.

Die bedarfsgewichteten realen Markteinkommen der Haushalte sind im Gesamtzeitraum von 1991 bis 2006, gemessen am arithmetischen Mittel über alle Haushalte, um fünf Prozent auf rund 20 100 Euro gestiegen (Abbildung 2).<sup>6</sup> In Ostdeutschland nahmen die Markteinkommen in der ersten Hälfte der 90er Jahre – vor allem als Folge der starken Anhebungen der Löhne und der gesetzlichen Rente – um etwa neun Prozent zu. Danach stagnierten die Einkommen und gingen im Zuge der allgemeinen konjunkturellen Schwächephase in Deutschland deutlich zurück.<sup>7</sup> Dieser Verlust wurde durch den Anstieg im Jahr 2006 nur teilweise wettgemacht.

In Westdeutschland stagnierten die realen Markteinkommen fast über die gesamten 90er Jahre hinweg. Die durch den konjunkturellen Aufschwung um die Jahrtausendwende erzielten Einkommenszuwächse gingen danach größtenteils wieder verloren. Seit 2005 verharrt das Einkommen bei etwas mehr als 21 000 Euro.

Der letzte konjunkturelle Aufschwung hat sich auf die hier präsentierten, im Jahr 2007 erhob-

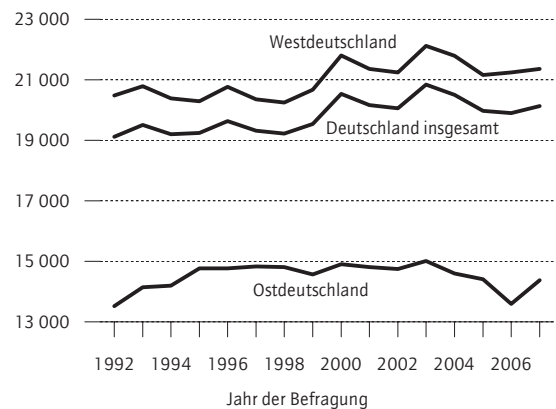
<sup>6</sup> Zieht man alternativ den Median, die Mitte der Einkommensverteilung heran, so sind die Einkommen real um rund sechs Prozent gesunken.

<sup>7</sup> Vgl. Grabka, M. M., Frick, J. R.: Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 10/2008.

Abbildung 2

### Markteinkommen<sup>1</sup> in Ost- und Westdeutschland

Mittelwert in Euro zu Preisen von 2000



<sup>1</sup> Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

benen Daten zu den Einkommen im Jahr 2006 noch nicht stark ausgewirkt. Die Belegung strahlt erst mit Zeitverzug auf die Lohnabschlüsse aus. Lediglich in Ostdeutschland kam es bereits im Erhebungsjahr 2007 zu einer deutlichen Erhöhung der realen Markteinkommen. Maßgeblich dafür war der Rückgang der Arbeitslosigkeit.

### Erstmals seit Beginn der 90er Jahre geht die Ungleichheit der Markteinkommen zurück

Gemessen am Gini-Koeffizienten<sup>8</sup> war die Entwicklung der Markteinkommen der privaten Haushalte in den letzten 15 Jahren geprägt von einer stetigen Zunahme der Ungleichheit (Abbildung 3). Ausgehend von einem Wert von 0,413, hat sich dieser Index bis 2006 für Deutschland insgesamt kontinuierlich auf 0,505 erhöht (+22 Prozent). In den neuen Ländern fiel der Anstieg mit 46 Prozent weitaus stärker aus.

Für das Erhebungsjahr 2007 ist zum ersten Mal seit Beginn der 90er Jahre ein Rückgang der Ungleichheit bei den Markteinkommen in Deutschland – auf 0,499 – zu konstatieren. Dies ist vorrangig auf eine durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit bedingte geringere Ungleichheit bei den Erwerbseinkommen zurückzuführen. In Ostdeutschland haben diese Einkommen einen besonders hohen Anteil am gesamten Markteinkommen der Haushalte. Ob dieser Befund nur eine einmalige Korrektur oder eine Trendumkehr darstellt, kann erst eine Analyse der Einkommen der nächsten Jahre zeigen.

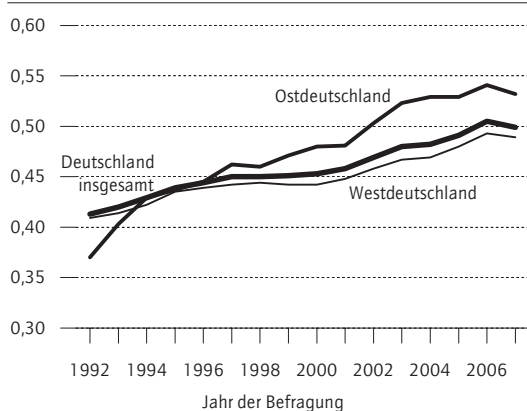
### Arbeitslosenquote deutlich zurückgegangen ...

Ein wichtiger Grund für die über viele Jahre gewachsene Konzentration der Markteinkommen liegt in der gestiegenen Arbeitslosigkeit. In der Vergangenheit hatte sich in der Regel in konjunkturellen Abschwüngen die „Sockelarbeitslosigkeit“ erhöht, also das Ausmaß von Arbeitslosigkeit, welches auch im nächsten Aufschwung nur wenig abgebaut wurde. Im aktuellen Aufschwung scheint dies aber anders zu sein.<sup>9</sup> Die Arbeitslo-

<sup>8</sup> Dieses gängige Maß zur Messung der Ungleichheit der Verteilung der Einkommen liegt in einem Wertebereich zwischen 0 und 1, wobei niedrigere Werte geringere Ungleichheit ausdrücken. Ein Wert von Null wird erreicht, wenn alle Personen über das gleiche Einkommen verfügen.  
<sup>9</sup> Vgl. Brenke, K., Zimmermann, K. F.: Reformagenda 2010 – Struktur-reformen für Wachstum und Beschäftigung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11/2008. In diesem Zusammenhang muss aber angemerkt werden, dass nicht jede Person, die die „offiziell registrierte“ Arbeitslosigkeit verlassen hat, einen gut dotierten Job gefunden haben muss. Vielmehr ist hier auch der Effekt der Einführung von Hartz IV zu vermuten, wonach sich Personen vom Arbeitsmarkt zurückziehen.

Abbildung 3

### Ungleichheit der Markteinkommen<sup>1</sup> in Ost- und Westdeutschland Gini-Koeffizient<sup>2</sup>



<sup>1</sup> Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.  
<sup>2</sup> Maß für die Ungleichheit. 0 bei völliger Gleichverteilung, 1 bei völliger Konzentration.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2008**

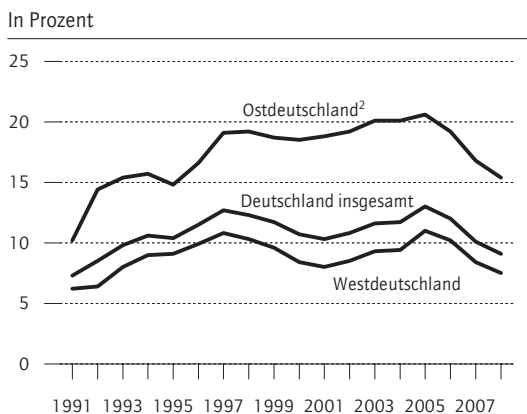
senquote, die von 7,3 Prozent 1991 auf 13 Prozent 2005 gestiegen ist, geht seither deutlich zurück (Abbildung 4). Im Sommer 2008 lag sie indes immer noch bei neun Prozent. Zudem ist die Zahl der verdeckt Arbeitslosen im Zeitraum 2005 bis 2006 mit rund 1,2 Millionen nahezu unverändert geblieben.<sup>10</sup>

Individuelle Arbeitslosigkeit im Sinne der offiziellen Registrierung ist der zentrale Indikator

<sup>10</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Das erreichte nicht verspielen. Jahresgutachten 2007/08, Tabelle C1.

Abbildung 4

### Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland<sup>1</sup>



<sup>1</sup> 2008 nur Januar bis Juli.  
<sup>2</sup> Seit 1998 wird Berlin vollständig Ostdeutschland zugerechnet.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2008**

Kasten 1

### Definitionen, Methoden und Annahmen bei der Einkommensmessung

Die in diesem Bericht gewählte Vorgehensweise zur empirischen Erfassung von Einkommensungleichheit und Armut folgt den Empfehlungen der Europäischen Kommission sowie des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur nationalen Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren.<sup>1</sup> Dieses Indikatorentableau ist Teil der von der EU initiierten nationalen Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in Europa. Die Messverfahren werden im Wesentlichen auch im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung berücksichtigt.<sup>2</sup>

Wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen basieren im Allgemeinen auf den Einkommen, die den privaten Haushalten zur Verfügung stehen. Den vorliegenden Auswertungen auf Basis der Langfristerhebung SOEP liegen jahresbezogene Einkommen zugrunde. Dabei werden jeweils für das zurückliegende Kalenderjahr alle Einkommenskomponenten, die den Haushalt als Ganzen betreffen, sowie alle individuellen Bruttoeinkommen der aktuell im Haushalt befragten Personen aufsummiert (Markteinkommen als Summe von Kapital- und Erwerbseinkommen einschließlich privater Transfers und privater Renten). Zusätzlich werden Einkommen aus gesetzlichen Renten und Pensionen sowie Sozialtransfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Unterstützungen vom Arbeitsamt, Leistungen nach dem BAföG und andere) berücksichtigt und schließlich mithilfe einer *Simulation* der Steuer- und Sozialabgaben Jahresnettoeinkommen errechnet – dabei werden auch einmalige Sonderzahlungen (13. und 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und so weiter) berücksichtigt. Die mikroökonomische Simulation der Einkommensteuer ist international üblich, da gezahlte Steuern und Nettoeinkommen insbesondere für Zwei- und Mehrpersonenhaushalte nur sehr ungenau direkt erhebbar sind. Selbstverständlich hat die Detailliertheit der Steuersimulation Einfluss auf die Niveaus der ausgewiesenen Nettoeinkommen und Armutsrisikoquoten. Allein dieses Element der Berechnungen spricht dafür, sich – wie bei der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – auf die Entwicklung der Zeitreihen und nicht zu sehr auf die Niveaus der Indikatoren zu konzentrieren.

1) Die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung wird durch Umrechnung in sogenannte Äquivalenzeinkommen – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-

#### Armutsrisikoschwelle für ausgewählte Haushaltstypen im Befragungsjahr 2007

|                                | Bedarfssatz nach neuer OECD-Skala | Armutschwelle <sup>1</sup> in Euro je Monat |
|--------------------------------|-----------------------------------|---|
| 1 Personen-Haushalt            | 1                                 | 891   |
| Ehe-/Paar ohne Kinder          | 1,5                               | 1 336                                       |
| Ehe-/Paar mit 1 Kind           | 1,8                               | 1 603                                       |
| Ehe-/Paar mit 2 Kindern        | 2,1                               | 1 871                                       |
| Ehe-/Paar mit 3 Kindern        | 2,4                               | 2 138                                       |
| Alleinerziehende mit 1 Kind    | 1,3                               | 1 158                                       |
| Alleinerziehende mit 2 Kindern | 1,6                               | 1 425                                       |

<sup>1</sup> Median der nominalen bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen aller Personen in privaten Haushalten 17 820 Euro im Jahr beziehungsweise 1 485 Euro pro Monat.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2008

Kopf-Einkommen – vergleichbar gemacht. Dazu werden die Haushaltseinkommen unter Verwendung einer von der OECD vorgeschlagenen Skala umgerechnet, und jedem Haushaltsmitglied das errechnete Äquivalenzeinkommen zugewiesen unter der Annahme, dass alle Haushaltsmitglieder in gleicher Weise vom gemeinsamen Einkommen profitieren. Dabei erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1; weitere erwachsene Personen haben jeweils ein Gewicht von 0,5 und Kinder eines von 0,3. Als Kind gilt, wer das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

2) Der internationalen Literatur folgend, werden dem Einkommen auch fiktive (Netto-) Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum („Imputed Rent“) zugerechnet. Zusätzlich werden für den gesamten Analysezeitraum, wie von der EU-Kommission auch für die EU-weite Einkommensverteilungsrechnung auf Basis von EU-SILC ab 2007 vorgeschrieben, fiktive Einkommensvorteile aus verbilligt überlassenem Mietwohnraum berücksichtigt (sozialer Wohnungsbau, privat oder arbeitgeberseitig verbilligter Wohnraum, Haushalte ohne Mietzahlung).<sup>3</sup>

3) Um Einkommensniveaus im Zeitverlauf vergleichen zu können, werden alle Einkommen zu Preisen des Jahres 2000 ausgewiesen (Realeinkommen). Um vor allem für die erste Hälfte der 90er Jahre die Kaufkraftunterschie-

<sup>1</sup> Die Laeken-Indikatoren werden jährlich für jedes EU-Mitgliedsland errechnet. Vgl. Atkinson, T., Cantillon, B., Marlier, E., Nolan, B.: *Social Indicators. The EU and Social Inclusion*. Oxford 2002.

<sup>2</sup> Siehe zuletzt: *Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*. Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn 2008.

<sup>3</sup> Siehe hierzu: Frick, J. R., Goebel, J., Grabka, M. M.: *Assessing the Distributional Impact of "Imputed Rent" and "Non-Cash Employee Income" in Micro-Data*. In: *European Communities (Hrsg.): Comparative EU Statistics on Income and Living Conditions: Issues and Challenges. Proceedings of the EU-SILC conference*, Helsinki, 6.-8. November 2006, EUROSTAT, 116–142.

de zwischen Ost und West zu berücksichtigen, wurden bis zum Erhebungsjahr 1997 die Einkommen in den alten und neuen Ländern getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst.

4) Alle Einkommensangaben werden für den gesamten Untersuchungszeitraum in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene; repräsentiert wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (zum Beispiel in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.

5) Als einkommensarm beziehungsweise von Armut gefährdet gilt derjenige, dessen bedarfsgewichtetes Einkommen unter die relative Armutsrisikogrenze fällt. Diese liegt nach einer europäischen Konvention bei 60 Prozent des Median der jährlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen des Vorjahres (auf der Basis von Gesamtdeutschland). Der Anteil Personen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben, wird als Armutsrisikoquote (FGTO)<sup>4</sup> bezeichnet (ARPR – At-Risk-of-Poverty Rate); dies ist der erste Primärindikator der insgesamt 18 Laeken-Indikatoren.

6) Ein Standardproblem in allen Bevölkerungsumfragen sind fehlende Angaben, insbesondere bei als sensitiv empfundenen Fragen wie solchen nach dem Einkommen. Dabei ist häufig eine Selektion festzustellen, wonach insbesondere Haushalte mit über- beziehungsweise unterdurchschnittlichen Einkommen die Angabe verweigern. In den hier analysierten Daten des SOEP werden diese fehlenden Werte im Rahmen aufwendiger, quer- und längsschnittbasierter Imputationsverfahren ersetzt.<sup>5</sup>

<sup>4</sup> Vgl. Foster, J., Greer, J., Thorbecke, E.: A Class of Decomposable Poverty Measures. In: *Econometrica*, 52(3), 1984, 761–766.

<sup>5</sup> Vgl. Frick, J. R., Grabka, M. M.: Item Non-response on Income Questions in Panel Surveys: Incidence, Imputation and the Impact on Inequality and Mobility. In: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 89(1), 2005, 49–61.

Dabei werden mit jeder neuen Datenweitergabe immer alle fehlenden Werte auch rückwirkend neu imputiert, was gegebenenfalls zu leichten Veränderungen gegenüber früheren Auswertungen führen kann. Der aktuelle Rand der Berechnungen ist zwangsläufig von besonderer Ungenauigkeit betroffen, da keine künftigen Einkommen zur „Imputation“ herangezogen werden können. Deswegen hat sich zum Beispiel die errechnete Armutsrisikoquote für das Einkommensjahr 2005 von 18,3 Prozent (wie noch im Armuts- und Reichtumsbericht ausgewiesen, auf Basis von Berechnungen, die im Jahr 2007 durchgeführt wurden) auf 18,0 Prozent (auf Basis der aktuellen Berechnungen, die zur Imputation eine weitere Erhebungswelle berücksichtigten) reduziert. Analog gilt, daß auch der Wert von 16,5 Prozent, der hier für das Einkommensjahr 2006 ausgewiesen wird, insofern nur vorläufiger Natur ist.

7) Die diesen Analysen zugrunde liegenden Mikrodaten des SOEP ergeben nach Anwendung von Hochrechnungs- und Gewichtungsfaktoren ein repräsentatives Bild der Bevölkerung in Privathaushalten und erlauben somit Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit. Diese Gewichtungsfaktoren korrigieren Unterschiede im Ziehungsdesign der diversen SOEP-Stichproben sowie im Teilnahmeverhalten der Befragten nach dem ersten Interview. Um die Kompatibilität mit der amtlichen Statistik zu erhöhen, werden die oben genannten Faktoren an Rahmendaten des Mikrozensus der amtlichen Statistik angepasst. Dabei ist der Hochrechnungsfaktor für den aktuellen Rand, das heißt hier für das SOEP-Erhebungsjahr 2007, nur als vorläufig anzusehen, da die Mikrozensus-Ergebnisse für 2007 zum Zeitpunkt der Fertigstellung der SOEP-Daten noch nicht vorlagen und die SOEP-Daten ersatzweise an die Rahmendaten des Vorjahres angepasst werden mussten. Im Regelfall sind hier jedoch nur geringe Abweichungen – in der Größenordnung der in Punkt 6 angeführten Effekte – zu erwarten.

für die Beschreibung von Ausmaß und Struktur von Arbeitslosigkeit innerhalb der Erwerbsbevölkerung. Für wohlfahrtsökonomisch motivierte Analysen bedarf es jedoch einer Betrachtung im Kontext des privaten Haushalts, da weitere Haushaltsmitglieder (Partner, Kinder, Eltern) von den ökonomischen Konsequenzen der Arbeitslosigkeit einer Person betroffen sind. Deshalb wird im Folgenden der Anteil der Personen in jenen Haushalten betrachtet, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied im Vorjahr für mindestens einen Monat als arbeitslos registriert war.<sup>11</sup>

Im Erhebungsjahr 2007 waren knapp 18 Prozent aller Personen in Privathaushalten direkt oder indirekt von Arbeitslosigkeit betroffen (Tabelle). In der Vergangenheit entwickelte sich dieser Anteil im Wesentlichen parallel zur offiziellen Arbeitslosenquote. Bezogen auf Haushalte mit Mitgliedern im Alter von 20 bis 60 Jahren war seit Mitte der 90er Jahre fast durchgängig rund ein Fünftel aller Haushaltsmitglieder von Arbeitslosigkeit im Haushalt betroffen. Dieser Anteil ist etwa doppelt so hoch wie die amtlich gemessene individuelle Arbeitslosenquote. In den neuen Ländern ist dabei die (direkte und indirekte) Betroffenheit (2007: 34 Prozent) weitaus stärker ausgeprägt als in den alten Ländern (19 Prozent). Bemerkenswert ist der stark rückläufige Trend in

<sup>11</sup> Der Bezug auf das Vorjahr ergibt sich daraus, dass auch die hier verwendete Einkommensmessung auf diesen Zeitraum abstellt.

Tabelle

**Von Arbeitslosigkeit im Haushalt<sup>1</sup> betroffene Personen**

In Prozent

| Jahr der Befragung | In privaten Haushalten | In Erwerbshaushalten <sup>2</sup> |                 |                |
|--------------------|------------------------|-----------------------------------|-----------------|----------------|
|                    |                        | Deutschland insgesamt             | Westdeutschland | Ostdeutschland |
| 1992               | 13,7                   | 15,9                              | 11,7            | 32,6           |
| 1993               | 14,2                   | 16,5                              | 11,7            | 36,2           |
| 1994               | 16,4                   | 19,4                              | 14,6            | 39,1           |
| 1995               | 17,4                   | 20,6                              | 16,6            | 37,2           |
| 1996               | 17,8                   | 21,0                              | 17,5            | 36,4           |
| 1997               | 18,2                   | 21,6                              | 17,9            | 37,7           |
| 1998               | 19,1                   | 22,8                              | 18,2            | 42,8           |
| 1999               | 18,7                   | 22,5                              | 17,8            | 42,9           |
| 2000               | 15,9                   | 19,0                              | 14,7            | 38,2           |
| 2001               | 15,9                   | 19,2                              | 15,0            | 38,0           |
| 2002               | 16,5                   | 19,9                              | 15,9            | 38,5           |
| 2003               | 17,0                   | 20,7                              | 16,8            | 38,8           |
| 2004               | 18,7                   | 22,9                              | 19,3            | 40,1           |
| 2005               | 19,1                   | 23,4                              | 20,4            | 38,1           |
| 2006               | 18,0                   | 22,1                              | 19,0            | 37,3           |
| 2007               | 17,6                   | 21,3                              | 18,8            | 34,0           |

<sup>1</sup> Haushalte, in denen mindestens ein Haushaltsmitglied im letzten Jahr mindestens einen Monat arbeitslos gemeldet war.

<sup>2</sup> Mit 20- bis 60-Jährigen im Haushalt.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Ostdeutschland, wo seit 2004 die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit um sechs Prozentpunkte abgenommen hat. Damit hat das Ausmaß der Arbeitslosigkeit auf der Haushaltsebene in den neuen Ländern das Niveau wie zu Beginn der 90er Jahre erreicht.<sup>12</sup>

**... aber Ausmaß der Arbeitslosigkeit auf Haushaltsebene gestiegen**

Um auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, wird hier der Anteil der im Jahr vor der Befragung in Arbeitslosigkeit verbrachten Monate aller erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder an allen potentiellen Erwerbsmonaten berechnet.<sup>13</sup> Diese Maßzahl hat den Wert Null für Haushalte ohne gemeldete Arbeitslosigkeit im Vorjahr. Der Maximalwert von 100 wird erreicht, wenn alle Erwerbspersonen im Haushalt in allen potentiellen Erwerbsmonaten arbeitslos gemeldet waren. Während Mitte der 90er Jahre acht bis neun Prozent der potentiellen Erwerbszeit im Vorjahr mit gemeldeter Arbeitslosigkeit verbracht wurden, erreichte dieser Index in der Erhebungswelle 2007 mehr als zwölf Prozent; er

<sup>12</sup> Neben dem faktischen Rückgang der Arbeitslosigkeit spielt bei der Betroffenheit auf der Haushaltsebene auch die Veränderung der Haushaltsstruktur, insbesondere die Zunahme von Ein-Personen-Haushalten, eine Rolle.

<sup>13</sup> Als potentielle Erwerbsmonate gelten Monate mit Erwerbstätigkeit (Vollzeit und Teilzeit inklusive Kurzarbeit) sowie mit Arbeitslosigkeit. Zeiten in (Aus-) Bildung, Rente, Mutterschutz, Wehr-/Zivildienst sowie Hausarbeit werden hier nicht berücksichtigt.

stieg damit auf den höchsten bislang gemessenen Wert (Abbildung 5).<sup>14</sup> Für Ostdeutschland zeigen sich auch hier mit über 20 Prozent etwa doppelt so hohe Werte wie im Westen. Allerdings ist das durch Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpfte Beschäftigungsvolumen in Ostdeutschland zuletzt deutlich zurückgegangen.

Der Befund einer derart definierten Unterbeschäftigung im Westen bei gleichzeitig rückläufiger Arbeitslosenquote erklärt sich erst bei getrennter Betrachtung von Personen in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind (Abbildung 6). Zwar steigt im Rahmen der konjunkturellen Belebung in den letzten Jahren der Anteil der Personen ohne Arbeitslosigkeit im Haushaltskontext. In von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten hat sich aber seit der Jahrtausendwende die Arbeitslosigkeit verfestigt. Bei diesen Haushalten wurde im Erhebungsjahr 2007 deutlich mehr als die Hälfte (57 Prozent) der potentiellen Arbeitszeit in registrierter Arbeitslosigkeit verbracht. Der Beschäftigungsaufschwung seit dem Frühjahr 2006 – zu dem auch Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse viel beigetragen haben – ist dort nicht so recht angekommen.<sup>15</sup>

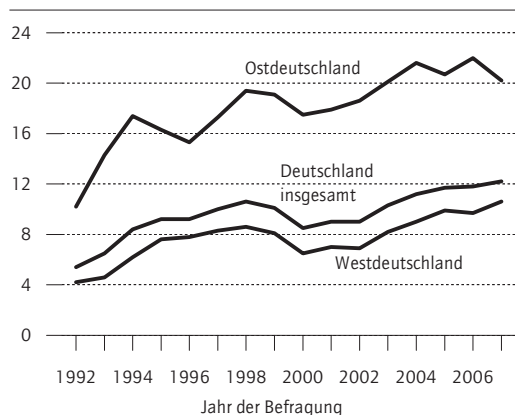
<sup>14</sup> Tatsächlich ist eine noch stärkere Betroffenheit von Erwerbslosigkeit wahrscheinlich, da sich Personen ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen und nur geringer Vermittlungswahrscheinlichkeit häufig erst gar nicht beim Arbeitsamt melden.

<sup>15</sup> So hat sich zum einen die Zahl der Leiharbeitnehmer seit 2003 mehr als verdoppelt auf nunmehr 731 000 Beschäftigte, zum anderen sind diese Beschäftigungsverhältnisse eher nur von kurzer Dauer. Rund 43 Prozent der beendeten Beschäftigungsverhältnisse hatten nur eine Dauer von einer Woche bis unter drei Monaten. Im Jahr 2006 hatten die Zeitarbeitnehmer einen Anteil am Beschäftigungsaufbau von 45 Prozent; vgl. Mai, C.-M.: Arbeitnehmerüberlassungen –

Abbildung 5

**Durch Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpftes Beschäftigungsvolumen<sup>1</sup> in Erwerbshaushalten<sup>2</sup>**

In Prozent



<sup>1</sup> Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit im Haushalt bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder.

<sup>2</sup> Mit 20- bis 60-Jährigen im Haushalt.

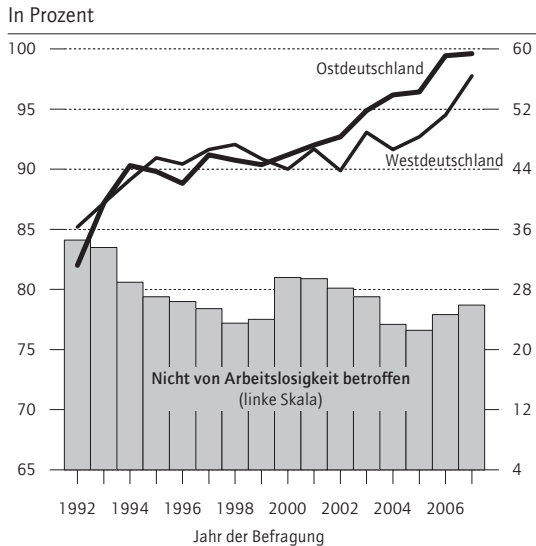
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008



Abbildung 6

**Durch Arbeitslosigkeit nicht ausgeschöpftes Beschäftigungsvolumen<sup>1</sup> in Erwerbshaushalten<sup>2</sup> mit und ohne Betroffenheit von Arbeitslosigkeit**



**1** Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit im Haushalt bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder.  
**2** Mit 20- bis 60-Jährigen im Haushalt.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2008**

**Haushalts-Nettoeinkommen stagnieren seit 2003**

Die oben beschriebene schwache Entwicklung der realen Brutto-Markteinkommen während der letzten 15 Jahre ist im Wesentlichen das Ergebnis des abnehmenden Anteils der Arbeitnehmerentgelte am gesamten Volkseinkommen sowie der bis Mitte 2006 kontinuierlich gestiegenen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit bei den privaten Haushalten. Das Steuer- und Transfersystem kann diese Entwicklung nur bedingt ausgleichen, zumal sich auch die Alterszusammensetzung der Bevölkerung aufgrund rückläufiger Fertilität und verlängerter Lebenserwartung langfristig deutlich verschoben hat. Zwischen den Erhebungsjahren 1992 und 2007 haben die durchschnittlichen, realen bedarfsgewichteten Haushalts-Nettoeinkommen in Deutschland um mehr als elf Prozent zugenommen (Abbildung 7). Der Zuwachs fiel mit rund 19 Prozent in Ostdeutschland gut doppelt so stark aus wie im Westen. Seit 2003 aber stagnieren die durchschnittlichen Haushalts-Nettoeinkommen.<sup>16</sup> Dass sich die

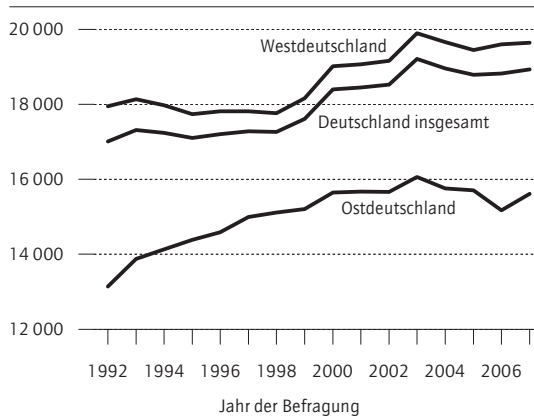
Bestand und Entwicklungen. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/2008, 469–476.

**16** Gemessen am Median – der Mitte der Einkommensverteilung – haben die verfügbaren Einkommen seit 2003 in Deutschland insgesamt sogar um knapp vier Prozent abgenommen.

Abbildung 7

**Verfügbare Einkommen<sup>1</sup> in Ost- und Westdeutschland**

Mittelwert in Euro zu Preisen von 2000



**1** Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2008**

verfügbaren Einkommen insgesamt besser als die Markteinkommen entwickelt haben, liegt auch daran, dass die Einkommen aus Renten und Pensionen aufgrund der zunehmenden Zahl älterer Menschen relativ an Bedeutung gewonnen haben. Demgegenüber hat das System bedarfsabhängiger staatlicher Transfers keinen wesentlichen Beitrag zum Anstieg der verfügbaren Einkommen geleistet, da bedarfsabhängige monetäre Transfers wie Wohngeld, Kindergeld oder Sozialhilfe seit Jahren nicht oder nur unwesentlich angehoben wurden und demnach real an Bedeutung verloren haben.<sup>17</sup>

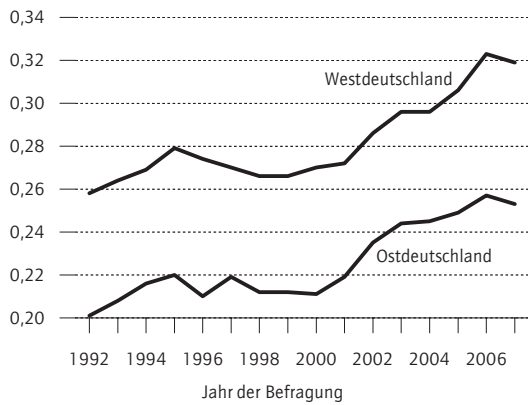
Die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen hat ebenso wie bei den Markteinkommen bis zur Mitte dieses Jahrzehnts zugenommen, jedoch auf wesentlich niedrigerem Niveau (Abbildung 8). Das Gros dieses Anstiegs entfällt auf den Zeitraum von der Jahrtausendwende bis 2006. Mit dem letzten wirtschaftlichen Aufschwung zeigt sich erstmals wieder eine leichte Korrektur dieses annähernd zehn Jahre bestehenden Trends.

**17** Die verschiedenen Steuerreformen der vergangenen Jahre mit Veränderungen des Steuertarifs – insbesondere im Hinblick auf den Spitzensteuersatz – haben vor allem am oberen Rand der Einkommensverteilung zu nennenswerten Steigerungen der verfügbaren Einkommen geführt. Eine Zunahme der Markteinkommen in den unteren bis mittleren Einkommensegmenten führt aufgrund der sogenannten „kalten Progression“ aber eher zu stagnierenden Nettoeinkommen. Bei öffentlichen Transferleistungen mit Bedürftigkeitsprüfung reduziert sich zudem aufgrund der über Jahre nicht angepassten Einkommensgrenzen der Kreis der Anspruchsberechtigten, zum Beispiel beim Wohngeld.

Abbildung 8

### Ungleichheit der verfügbaren Einkommen<sup>1</sup> in Ost- und Westdeutschland

Gini-Koeffizient<sup>2</sup>



**1** Bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.  
**2** Maß für die Ungleichheit. 0 bei völliger Gleichverteilung, 1 bei völliger Konzentration.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW Berlin 2008**

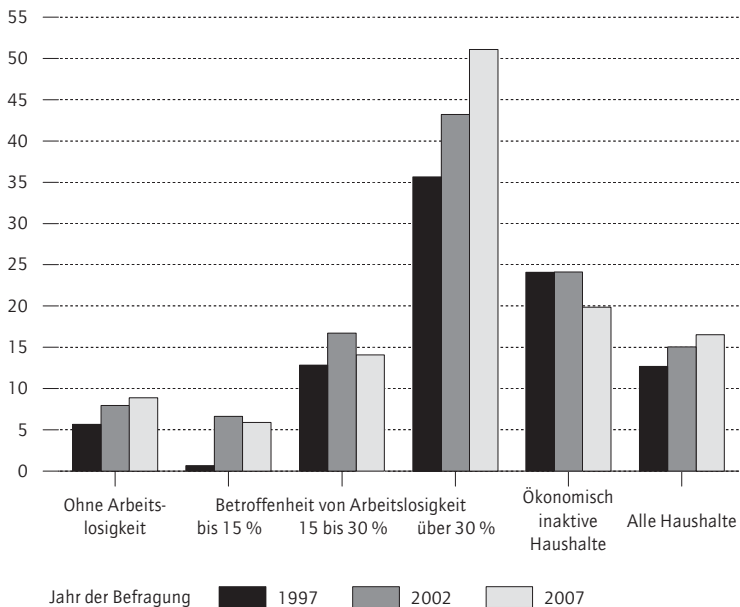
### Armutsrisiko erstmals seit der Jahrtausendwende gesunken

Veränderungen in der Einkommensverteilung zeigen sich in der Regel auch beim Risiko „relativer Einkommensarmut“ (Kasten 2).<sup>18</sup> Nach den hochgerechneten Ergebnissen des SOEP lag das Armutsrisiko zu Beginn der 90er Jahre bei rund 13 Prozent. Zwischen 1995 und 1999 ging es leicht zurück und nahm dann kontinuierlich zu – auf 18 Prozent im Jahr 2006 (Abbildung 9). In absoluten Zahlen entspricht dies einem Zuwachs um fünf Millionen Menschen auf knapp 15 Millionen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle leben. Diese beträgt derzeit rund 890 Euro pro Monat für eine allein lebende Person. Infolge der deutlich höheren Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern lag die Armutsrisikoquote dort 2006 sogar bei knapp 23 Prozent. Mit der aktuellen konjunkturellen Erholung und der rückläufigen Arbeitslosigkeit war das Armutsrisiko zuletzt erstmals seit fast zehn Jahren deutlich rückläufig. Es lag im Einkommensjahr 2006 für Deutschland insgesamt bei 16,5 Prozent.<sup>19</sup>

Abbildung 10

### Relatives Armutsrisiko<sup>1</sup> und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit<sup>2</sup>

Anteile in Prozent



**1** Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.  
**2** Monate gemeldeter Arbeitslosigkeit im Haushalt bezogen auf die Monate potentieller Erwerbstätigkeit aller Haushaltsmitglieder.

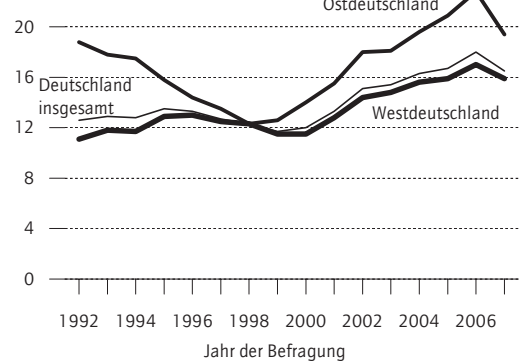
Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

**DIW Berlin 2008**

Abbildung 9

### Armutsrisiko<sup>1</sup> in Ost- und Westdeutschland

Anteile in Prozent



**1** Personen mit weniger als 60 Prozent des Median der verfügbaren Einkommen, bedarfsgewichtet je Person in privaten Haushalten.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

**DIW Berlin 2008**

tiver Einkommensarmut“ (Kasten 2).<sup>18</sup> Nach den hochgerechneten Ergebnissen des SOEP lag das Armutsrisiko zu Beginn der 90er Jahre bei rund 13 Prozent. Zwischen 1995 und 1999 ging es leicht zurück und nahm dann kontinuierlich zu – auf 18 Prozent im Jahr 2006 (Abbildung 9). In absoluten Zahlen entspricht dies einem Zuwachs um fünf Millionen Menschen auf knapp 15 Millionen, die mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle leben. Diese beträgt derzeit rund 890 Euro pro Monat für eine allein lebende Person. Infolge der deutlich höheren Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern lag die Armutsrisikoquote dort 2006 sogar bei knapp 23 Prozent. Mit der aktuellen konjunkturellen Erholung und der rückläufigen Arbeitslosigkeit war das Armutsrisiko zuletzt erstmals seit fast zehn Jahren deutlich rückläufig. Es lag im Einkommensjahr 2006 für Deutschland insgesamt bei 16,5 Prozent.<sup>19</sup>

Arbeitslosigkeit ist zwar eine zentrale Ursache für Einkommensarmut, nur vorübergehende Arbeitslosigkeit eines Haushaltsmitglieds muss aber nicht zwingend zur Armut des gesamten Haushalts führen. Hier zeigt sich auch die Bedeutung der staatlichen Umverteilung vorgelagerten Versicherungsfunktion des privaten Haushalts, die bei der Bedürftigkeitsprüfung für den Bezug von Transferleistungen (zum Beispiel

**18** Entsprechend internationaler Standards beginnt das Risiko relativer Armut an der Armutsschwelle in Höhe von 60 Prozent des mittleren äquivalenzgewichteten Einkommens.

**19** Innerhalb der Gruppe der Haushalte mit Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 60 Jahren liegt das Armutsrisiko um gut 1,5 Prozentpunkte höher.

Kasten 2

**Relative Einkommensarmut und Mindestsicherung**

Armutsrisiko ist nicht mit Abhängigkeit von Mindestsicherungssystemen wie der Sozialhilfe zu verwechseln. Aufgrund der Einführung von Grundsicherung im Alter, Sozialgeld und Arbeitslosengeld II wird die Interpretation der zeitlichen Entwicklung dieser Systeme erschwert. Die Daten des SOEP ermöglichen hingegen konsistente Zeitreihenvergleiche des Ausmaßes der relativen Einkommensarmut beziehungsweise der Armutsrisikoquote. Wie im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu Recht angemerkt wird<sup>1</sup> hängt das gemessene Niveau dieser Quote von vielen Details ab, zum Beispiel von der Erfassung der Personen mit Migrationshintergrund, der Einkommensmessung und insbesondere der Bewertung selbstgenutzten Wohneigentums, sowie vom statistischen Stichprobenfehler, der zwangsläufig ist, da alle Statistiken zur Verteilung der Haushaltseinkommen auf Stichproben beruhen.

<sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn 2008, XI.

Sozialhilfe, Wohngeld) oder Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld II) berücksichtigt wird.

Die Armutsrisikoquote von Haushalten, in denen weniger als 15 Prozent der potentiellen Erwerbszeit in Arbeitslosigkeit verbracht wird, weisen in einem langjährigen Vergleich ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko auf, welches sogar noch unterhalb desjenigen der nicht von Arbeitslosigkeit betroffenen Erwerbshaushalte liegt (Abbildung 10).<sup>20</sup> Bei stark von Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Haushalten erreichte die Armutsrisikoquote 1997 hingegen mehr als 35 Prozent und 2007 mehr als 50 Prozent. Dieser deutliche Anstieg ist sicherlich auch auf die Einführung des Arbeitslosengeldes II zurückzuführen, das zu einer Absenkung des Transferniveaus für Arbeitslosenhilfempfänger geführt hat.<sup>21</sup>

**Weniger „neue Armut“**

Aus sozialpolitischer Sicht ist aber nicht allein das Ausmaß der Einkommensarmut relevant,

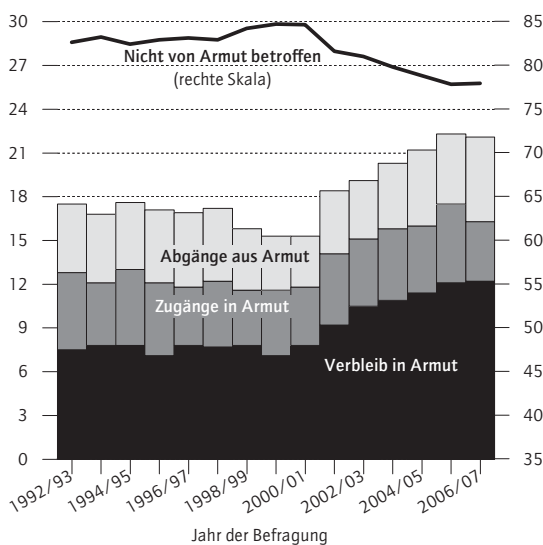
<sup>20</sup> Insbesondere kurzfristige Arbeitslosigkeit beruht oft auf Freiwilligkeit, wie im Falle eines geplanten Wechsels auf einen höher dotierten Arbeitsplatz.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu auch Goebel, J., Richter, M.: Nach der Einführung von Arbeitslosengeld II: Deutlich mehr Verlierer als Gewinner unter den Hilfeempfängern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 50/2007.

Abbildung 11

**Armutsmobilität<sup>1</sup>**

Anteile in Prozent



<sup>1</sup> Veränderung des Bestandes an Personen mit Armutsrisiko gegenüber dem Vorjahr.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin. **DIW** Berlin 2008

sondern auch, wieweit es den Betroffenen gelingt, den Bereich der Einkommensarmut wieder zu verlassen, beziehungsweise wie viele Personen neu in Armut geraten.

Nach den Längsschnittdaten des SOEP lebte über die 90er Jahre hinweg ein stabiler Anteil von weniger als acht Prozent in zwei aufeinander folgenden Jahren, also insofern dauerhaft, in Armut (Abbildung 11). Nach der Jahrtausendwende nimmt dieser Anteil markant auf über zwölf Prozent zu, das heißt das Risiko, in Einkommensarmut zu verbleiben, ist größer geworden. Für die Erhebungsjahre 2006 und 2007 zeigt sich, dass erstmals seit über zehn Jahren wieder deutlich mehr Menschen den armutsgefährdeten Bereich verlassen konnten als „neue Arme“ hinzu kamen.

**Fazit**

Der vorliegende Bericht stellt eine Fortführung einiger der jüngst im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ausgewiesenen Analysen zur Armut und Ungleichheit in Deutschland dar. Auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann die Entwicklung bis zum Erhebungsjahr 2007 beziehungsweise dem Einkommensjahr 2006 dargestellt werden.

Die mit der konjunkturellen Erholung seit 2006 einhergehende rückläufige Arbeitslosigkeit in Deutschland hat das Armutsrisiko gegenüber dem Vorjahr erstmals seit der Jahrtausendwende wieder sinken lassen, das heißt, mehr als eine Million Menschen sind nach den hochgerechneten SOEP-Daten nicht länger vom Armutsrisiko betroffen. Dieser Rückgang ist in den neuen Ländern besonders ausgeprägt, da hier die Arbeitslosigkeit deutlich abgebaut wurde.

Sowohl die durchschnittlichen Brutto-Markteinkommen der privaten Haushalte als auch die verfügbaren Haushaltseinkommen haben bis Ende 2006 nur wenig auf das verbesserte wirtschaftliche Umfeld reagiert. Die vorliegenden Daten berücksichtigen allerdings erst den Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs; Tarifsteigerungen, die 2007 und im bisherigen Verlauf des Jahres 2008 vereinbart wurden, sind hier noch nicht abgebildet. Stellt man aber die deutlich gestiegene Inflation in Rechnung, so kann keine grundlegende Veränderung bei den realen Markt- und den verfügbaren Einkommen der Privathaushalte erwartet werden.

Die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung dürfte die Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen wieder dämpfen. Möglicherweise ist der Trend zunehmender Einkommensungleichheit und steigenden Armutsrisikos nur kurz unterbrochen worden.

In den Jahren 2007 und 2008 dürfte sich die Situation im Zuge des Rückgangs der Arbeitslosigkeit weiter verbessert haben. Auf längere Sicht ist eine Vielzahl weiterer Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Dabei spielen demographische Prozesse wie die steigende Lebenserwartung und die sinkende Fertilität, (selektives) Zu- und

Abwanderungsverhalten, Partnerschaftsfindungsverhalten (zum Beispiel der Trend zu bildungshomogeneren Partnerschaften), Trennungsbeziehungsweise Scheidungsverhalten (mehr Singles und mehr Alleinerziehende) eine wichtige Rolle.<sup>22</sup> Diese Entwicklungen haben einen eigenständigen Einfluss auf die Größe und die Struktur der Bevölkerung insgesamt und auch auf die Zusammensetzung der privaten Haushalte und deren Einkommenssituation und damit das Armutsrisiko.

Aktuell werden familien- und arbeitsmarktpolitisch motivierte Veränderungen der „Transferlandschaft“ wie eine pauschale Kindergelderhöhung oder Forderungen nach einem generellen Mindestlohn<sup>23</sup> diskutiert und häufig mit verteilungspolitischen Zielen zur Armutsreduktion verknüpft. Dabei werden jedoch Mitnahmeeffekte ignoriert wie die Tatsache, dass ein höheres Kindergeld auch einkommensstarken Familien zugute kommen würde. Prekäre Einkommensverhältnisse – insbesondere als Folge langfristiger Arbeitslosigkeit – bleiben die Hauptursache für Einkommensarmut. Das Risiko von Arbeitslosigkeit ist für Personen ohne schulischen oder beruflichen Bildungsabschluss weit überdurchschnittlich. Eine Armutsvermeidungspolitik, die versucht den Anteil der Schulabbrecher und der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss zu reduzieren, dürfte langfristig weitaus mehr Erfolge zeitigen.

**JEL Classification:**  
D31, I32

**Keywords:**  
Income inequality,  
Poverty

<sup>22</sup> Beispielhaft sei hier der säkulare Trend zu mehr Einpersonenhaushalten aufgeführt: Während der Anteil dieser Haushalte an allen privaten Haushalten in den alten Ländern im Jahr 1984 noch bei 33 Prozent lag, ist er bis 2007 um sechs Prozentpunkte gestiegen.

<sup>23</sup> Vgl. Müller, K.-U., Steiner, V.: Mindestlöhne kosten Arbeitsplätze: Jobverluste vor allem bei Geringverdienern. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 30/2008.

# Jahrelanger Trend zunehmender Lohnspreizung gestoppt

*Die Ungleichheit der Arbeitnehmereinkünfte hat seit Mitte der 90er Jahre immer weiter zugenommen, wovon insbesondere der jahrelang wachsende Niedriglohnsektor betroffen war. Dieser Trend wurde im jüngsten konjunkturellen Beschäftigungsaufbau, der im Frühjahr 2006 einsetzte, jedoch gebrochen. Dabei zeigen sich regionale Unterschiede: Bei den Arbeitnehmern in den alten Bundesländern hat die Lohnungleichheit nicht weiter zugenommen, während sie in Ostdeutschland sogar zurückging. Und erstmals seit vielen Jahren hat der Niedriglohnsektor nicht weiter an Bedeutung gewonnen.*

Mit Blick auf die Entwicklung der Lohnspreizung in Deutschland zeigen alle wissenschaftlichen Studien, die zum Teil auf verschiedenen Methoden und unterschiedlichen Datenquellen basieren, ein eindeutiges Bild: Zum einen ist die Ungleichheit der Einkünfte aus Arbeitnehmergehältern (brutto) seit spätestens Mitte der 90er Jahre gewachsen,<sup>1</sup> zum anderen hat sich der Niedriglohnsektor immer weiter ausgebreitet.<sup>2</sup> Letzteres ging mit einem Bedeutungszuwachs von in der Regel vergleichsweise niedrig bezahlter geringfügiger Beschäftigung etwa in Form von Mini-Jobs einher.

Karl Brenke  
kbrenke@diw.de

Es stellt sich nunmehr die Frage, ob sich dieser Trend auch im letzten konjunkturbedingten Beschäftigungsaufschwung, der im Frühjahr 2006 einsetzte, fortgesetzt hat. Denn seit geraumer Zeit stagniert die Zahl der Mini-Jobs. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitnehmer im Wesentlichen über die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut.<sup>3</sup> Die verstärkte Arbeitskräftenachfrage könnte nun die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer – insbesondere bei Neueinstellungen – gestärkt und so zu einer Abnahme der Lohnspreizung geführt haben. Allerdings ist ein großer Teil der zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse bei Zeitarbeitsfirmen entstanden,<sup>4</sup> deren Beschäftigte in der Regel nur einfache Tätigkeiten

<sup>1</sup> Vgl. unter anderem Dustmann, C., Ludsteck, J., Schönberg, U.: Revisiting the German Structure. IZA Discussion Paper Nr. 2685, 2007; Kalina, T., Weinkopf, C.: Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits 6,5 Mio. Beschäftigte betroffen. IAQ-Report Nr. 1/2008; Brenke, K.: Wachsende Lohnspreizung in Deutschland. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 6/2007.

<sup>2</sup> Definiert als Stundenlohn, der geringer als zwei Drittel des mittleren Lohns ist.

<sup>3</sup> Vgl. Brenke, K., Zimmermann, K. F.: Reformagenda 2010 – Strukturereformen für Wachstum und Beschäftigung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11/2008.

<sup>4</sup> Vgl. Mai, C.-M.: Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen. In: Wirtschaft und Statistik Nr. 6/2008.

Tabelle 1

**Mittlerer Lohn, Durchschnittslohn, Niedriglohn (brutto) und Anteil der Arbeitnehmer<sup>1</sup> mit geringen Löhnen in Deutschland 2006 und 2007**

|   | 2006        |                    |                   | 2007        |                    |                   |
|---|-------------|--------------------|-------------------|-------------|--------------------|-------------------|
|   | Gesamt-     | West- <sup>2</sup> | Ost- <sup>2</sup> | Gesamt-     | West- <sup>2</sup> | Ost- <sup>2</sup> |
|   | Deutschland |                    |                   | Deutschland |                    |                   |
| <b>In Euro pro Stunde</b>   |             |                    |                   |             |                    |                   |
| Mittlerer Lohn <sup>3</sup>   | 13,53       | 13,94              | 11,06             | 13,61       | 14,04              | 11,21             |
| Durchschnittslohn   | 14,97       | 15,51              | 12,08             | 15,03       | 15,57              | 12,23             |
| Niedriglohn <sup>4</sup>  | 9,02        | 9,29               | 7,37              | 9,07        | 9,36               | 7,47              |
| <b>Anteil der Personen an allen Beschäftigten in Prozent, deren Lohn geringer ist als ...</b> |             |                    |                   |             |                    |                   |
| der Niedriglohn   | 23          | 21                 | 25                | 23          | 21                 | 25                |
| 4,50 Euro   | 3           | 3                  | 5                 | 3           | 3                  | 4                 |
| 7,50 Euro   | 15          | 13                 | 26                | 15          | 12                 | 26                |
| 8,00 Euro   | 18          | 15                 | 29                | 18          | 15                 | 29                |

<sup>1</sup> Ohne Auszubildende, Praktikanten, Personen mit einem 1-Euro-Job und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

<sup>2</sup> Arbeitsortkonzept.

<sup>3</sup> Median.

<sup>4</sup> Weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

ausüben.<sup>5</sup> Dies könnte wiederum den Druck auf die Löhne verstärkt haben.

**Nur schwache Steigerungen bei den Pro-Kopf-Löhnen zwischen 2006 und 2007**

Grundlage der Untersuchung sind die Erhebungswellen 2006 und 2007 des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Der zeitliche Schwerpunkt der Umfragen lag in den ersten drei Monaten des jeweiligen Jahres. Die Daten informieren deshalb im Wesentlichen nur über das erste Jahr des Beschäfti-

<sup>5</sup> Vgl. Brenke, K., Eichhorst, W.: Leiharbeit breitet sich rasant aus. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 19/2008.

gungsaufschwungs. Die Analyse konzentriert sich auf Brutto-Stundenlöhne.<sup>6</sup> Nicht berücksichtigt werden Auszubildende und Praktikanten, die im eigentlichen Sinne keinen Lohn, sondern eine Ausbildungsvergütung erhalten. Ebenfalls ausgeklammert werden Personen mit einem 1-Euro-Job, weil diese staatliche Maßnahme nicht auf die Erzielung von Erwerbseinkommen ausgerichtet ist.

Im Vergleich der beiden Erhebungswellen ist sowohl der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn (Mittelwert) als auch der mittlere Lohn (Median) nur geringfügig gestiegen (Tabelle 1). Dabei fiel der Anstieg in Ostdeutschland etwas höher aus als in Westdeutschland. Daran gemessen haben die Arbeitnehmer im Schnitt Reallohnverluste hinnehmen müssen, da die Teuerung den Lohnanstieg übertroffen hat.<sup>7</sup> Ferner überstieg in beiden Jahren der Durchschnittslohn den mittleren Lohn, so dass im Bereich der Bezieher höherer Löhne die Kurve der Lohnverteilung stärker zunimmt als unter denjenigen Arbeitnehmern, die weniger als den Medianlohn erhalten.

Unter den einzelnen Gruppen von abhängig Beschäftigten variiert die Höhe der Löhne stark. Weit über dem Durchschnitt liegen die Brutto-Stundenlöhne bei den Vollzeitkräften (Tabelle 2). Etwas geringer fallen sie bei den Teilzeitbeschäftigten aus. Weit abgeschlagen rangieren jene – hier getrennt ausgewiesenen – Beschäftigten, die als Rentner, gemeldete Arbeitslose, Schüler

<sup>6</sup> Berechnet werden die Brutto-Stundenlöhne anhand der Angaben über die üblicherweise geleistete Wochenarbeitszeit und den Brutto-Monatslohn. Die Wochenarbeitszeit wird mit dem Faktor 4,2 multipliziert.

<sup>7</sup> Das zeigen auch Untersuchungen, die sich auf die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stützen. Vgl. Logeay, C., Zwiesner, R.: Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Eine neue Dimension des Aufschwungs. In: WSI-Mitteilungen, Nr. 8/2008.

Tabelle 2

**Verteilung der Stundenlöhne der Arbeitnehmer<sup>1</sup> nach Perzentilen und dem beruflichem Status**

| Verhältnis ... der Lohnverteilung | 2006                                |  |  |  | 2007                                |  |  |  |
|-----------------------------------|-------------------------------------|--|--|--|-------------------------------------|--|--|--|
|                                   | Vollzeit- <sup>2</sup> beschäftigte | Teilzeit- <sup>2</sup> beschäftigte <sup>3</sup> | Geringfügig <sup>2</sup> Beschäftigte <sup>4</sup> | Beschäftigte Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten | Vollzeit- <sup>2</sup> beschäftigte | Teilzeit- <sup>2</sup> beschäftigte <sup>3</sup> | Geringfügig <sup>2</sup> Beschäftigte <sup>4</sup> | Beschäftigte Rentner, Arbeitslose, Schüler und Studenten |
| obere 5% zu untere 5%             | 4,73                                | 4,72   | 6,06   | 10,34  | 4,64                                | 4,55   | 4,93   | 15,24  |
| obere 10% zu untere 10%           | 3,16                                | 3,11   | 3,01   | 7,79   | 3,24                                | 3,16   | 3,25   | 9,63   |
| obere 10% zum mittleren Lohn      | 1,70                                | 1,69   | 1,96   | 2,81   | 1,71                                | 1,72   | 1,98   | 3,02   |
| mittlerer Lohn zu untere 10%      | 1,86                                | 1,85   | 1,53   | 2,77   | 1,90                                | 1,83   | 1,64   | 3,19   |
| mittlerer Lohn zu untere 5%       | 2,32                                | 2,32   | 1,91   | 3,10   | 2,30                                | 2,13   | 1,94   | 4,06   |
| <i>Nachrichtlich in Euro:</i>     |                                     |  |  |  |                                     |  |  |  |
| Mittlerer Lohn                    | 14,74                               | 12,70  | 7,27   | 7,14   | 14,76                               | 12,70  | 7,49   | 7,74   |
| Durchschnittslohn                 | 16,07                               | 14,07  | 9,74   | 10,19  | 15,93                               | 14,42  | 9,59   | 12,01  |

<sup>1</sup> Ohne Auszubildende, Praktikanten, Personen mit einem 1-Euro-Job und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

<sup>2</sup> Ohne Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten.

<sup>3</sup> Ohne Personen mit einem Mini-Job, einschließlich Personen mit einem Midi-Job.

<sup>4</sup> Personen mit einem Mini-Job und andere geringfügig Beschäftigte.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

oder Studenten einer entlohnten Erwerbstätigkeit nachgehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie in einem Vollzeit- oder einem anderen Arbeitsverhältnis stehen. Arbeitnehmer, die nicht zu diesen sozialen Gruppen zählen und lediglich geringfügig beschäftigt sind, kommen ebenfalls nur auf vergleichsweise geringe Brutto-Entgelte. Die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten konnten im Schnitt noch nicht einmal nominale Lohnzuwächse verbuchen. Besser sah es dagegen bei den übrigen abhängig Beschäftigten aus.

### Wachstum von Niedriglohnsektor und Lohnspreizung gestoppt

Der Anteil der Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor blieb zwischen 2006 und 2007 konstant. Der Niedriglohnsektor hat sich somit erstmals seit vielen Jahren nicht weiter ausbreitet. Zudem ist der Anteil solcher Arbeitnehmer mit Brutto-Stundenlöhnen, die unterhalb jener in der aktuellen Mindestlohndebatte angeführten Lohnuntergrenzen von 4,50 Euro,<sup>8</sup> 7,50 Euro<sup>9</sup> oder 8,00 Euro<sup>10</sup> liegen, ebenfalls nicht gestiegen.

Gleichwohl hat im Zuge des allgemeinen Beschäftigungsaufbaus von 2006 bis 2007 die Zahl derjenigen Arbeitnehmer zugenommen, die dem Niedriglohnsektor zuzurechnen sind. Allerdings fiel deren Zuwachs nicht – wie in den Jahren zuvor – überdurchschnittlich aus.

Die Lohnspreizung hat ebenfalls stagniert, wie ein Blick auf die Relationen der einzelnen Perzentile der Lohnverteilung zeigt (Tabelle 3). Dabei ist zwischen West- und Ostdeutschland zu unterscheiden. Im Westen blieb die Lohnspreizung weitgehend konstant, während sie im Osten zurückging. Dort ist sowohl der Abstand der besonders hohen zu den besonders geringen Löhnen als auch der Abstand der niedrigen Löhne zum mittleren Lohn kleiner geworden.

Bei allen betrachteten Gruppen von Arbeitnehmern hat sich die Lohnspreizung nicht nennenswert verändert. Besonders groß sind die Lohnunterschiede in der hier getrennt ausgewiesenen Gruppe der abhängig beschäftigten Rentner, Arbeitslosen, Schüler und Studenten verteilt. Während viele nur auf einen geringen Brutto-Stundenlohn kommen, verdienen nicht wenige vergleichsweise gut. Entsprechend ist auch die

**8** Vgl. Bofinger, P., Dietz, M., Genders, S., Walwei, U.: Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich. Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 2006.  
**9** Wie von SPD und großen Teilen der Gewerkschaften gefordert.  
**10** Forderung der Linkspartei.

Tabelle 3

### Verteilung der Stundenlöhne der Arbeitnehmer<sup>1</sup> nach Perzentilen in West- und Ostdeutschland

| Verhältnis ...<br>der Lohnverteilung | 2006        |                    |                   | 2007        |                    |                   |
|--------------------------------------|-------------|--------------------|-------------------|-------------|--------------------|-------------------|
|                                      | Gesamt-     | West- <sup>2</sup> | Ost- <sup>2</sup> | Gesamt-     | West- <sup>2</sup> | Ost- <sup>2</sup> |
|                                      | Deutschland |                    |                   | Deutschland |                    |                   |
| obere 5% zu untere 5%                | 5,81        | 5,63               | 5,33              | 5,64        | 5,67               | 5,00              |
| obere 10% zu untere 10%              | 3,76        | 3,64               | 3,79              | 3,73        | 3,60               | 3,38              |
| obere 10% zum mittleren Lohn         | 1,76        | 1,78               | 1,88              | 1,79        | 1,78               | 1,79              |
| mittlerer Lohn zu untere 10%         | 2,13        | 2,04               | 2,02              | 2,09        | 2,02               | 1,88              |
| mittlerer Lohn zu untere 5%          | 2,70        | 2,63               | 2,48              | 2,64        | 2,67               | 2,35              |

**1** Ohne Auszubildende, Praktikanten, Personen mit einem 1-Euro-Job und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.  
**2** Arbeitsortkonzept.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

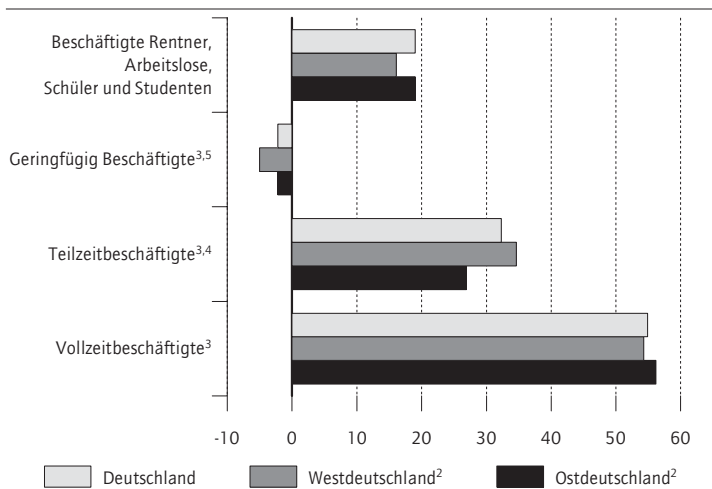
Differenz zwischen dem mittleren Lohn und dem Durchschnittslohn in dieser Gruppe sehr groß. Relativ groß ist diese Differenz auch unter den geringfügig Beschäftigten, so dass auch in dieser Gruppe einige nicht schlecht verdienen, wobei der Großteil aber nur Niedriglöhne bezieht.

Der Beschäftigungsaufbau fiel unter den einzelnen Gruppen unterschiedlich aus. Zur Hälfte wurde er von den Vollzeitkräften getragen (Abbildung). Allerdings hat deren Zahl nur unterdurchschnittlich zugenommen, da auf sie 70 Prozent der Arbeitnehmer entfallen. Besonders stark zulegen konnte die Beschäftigung bei den Teilzeitkräften sowie bei den erwerbstätigen

Abbildung

### Beitrag der Arbeitnehmergruppen<sup>1</sup> zum Beschäftigungsaufbau von 2006 bis 2007

In Prozent



**1** Ohne Auszubildende, Praktikanten, Personen mit einem 1-Euro-Job und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

**2** Arbeitsortkonzept.

**3** Ohne Rentner, registrierte Arbeitslose, Schüler und Studenten.

**4** Ohne Personen mit einem Mini-Job, einschließlich Personen mit einem Midi-Job.

**5** Personen mit einem Mini-Job und andere geringfügig Beschäftigte.

Quellen: SOEP; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Rentnern, Arbeitslosen, Schülern und Studenten – also einer Gruppe, die im Schnitt niedrig entlohnt wird. Gesunken ist dagegen die Zahl der meist wenig verdienenden Arbeitnehmer, die nicht zu diesen Personenkreisen zählen und eine geringfügige Beschäftigung ausüben.

**JEL Classification:**  
J31

**Fazit**

**Keywords:**  
Wage inequality,  
Low wages

Mit dem seit Anfang 2006 beginnenden Beschäftigungsaufbau in Deutschland hat sich – gemes-

sen am Anteil der Arbeitnehmer, die ihm zuzurechnen sind – der Niedriglohnsektor nicht weiter ausgebreitet. Gleichzeitig wurde der Trend zu einer wachsenden Lohnspreizung gebrochen. In Ostdeutschland lässt sich sogar eine Verringerung der Lohnspreizung feststellen. Ob sich nach Ende des hier betrachteten Untersuchungszeitraums die Entwicklung fortgesetzt hat, bleibt abzuwarten. Es ist aber wahrscheinlich, denn offenkundig impliziert ein wachsender Beschäftigungsgrad keine weitere Ausweitung des Niedriglohnsektors und auch keine Zunahme der Lohnspreizung.



Anna Fräßdorf, Markus M. Grabka, Johannes Schwarze

**The impact of household capital income on income inequality –  
A factor decomposition analysis for Great Britain, Germany and the USA**

This paper analyses the contribution of capital income to income inequality in a cross-national comparison. Using micro-data from the Cross-National Equivalent File (CNEF) for three prominent panel studies, namely the BHPS for Great Britain, the SOEP for West Germany, and the PSID for the USA, a factor decomposition method described by Shorrocks (1982) is applied. The factor decomposition of disposable income into single income components shows that capital income is exceedingly volatile and its share in disposable income has risen in recent years. Moreover, capital income makes a disproportionately high contribution to overall inequality in relation to its share in disposable income. This applies to Germany and the USA in particular. Thus capital income accounts for a large part of disparity in all three countries.

**SOEPpapers No. 104**

Marek Fuchs, Michaela Sixt

**Die Bildungschancen von Aussiedlerkindern**

Mit der Zuwanderung der Aussiedler war zumindest partiell die Erwartung verbunden, dass sie – anders als die zuvor und parallel zuwandernden nicht-deutschen Migranten – leichter in der aufnehmenden Gesellschaft aufgehen würden. Der vorliegende Beitrag untersucht diese Frage im Hinblick auf die Bildungschancen der Kinder der Aussiedler im Vergleich mit denen anderer Migrantenkinder und denen der autochthonen Bevölkerung. Dabei wird eine Drei-Generationen-Perspektive eingenommen, um den Effekt von Eltern und Großeltern auf die Bildungschancen der Kinder zu untersuchen. Als Datengrundlage dient das Sozio-oekonomische Panel (DIW Berlin). Es bietet die Chance, den Einfluss der Migrationserfahrung der Aussiedlerkinder vom Einfluss des sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Status der Herkunftsfamilie zu trennen. Die Ergebnisse zeigen erstens, dass selbst nach Kontrolle der sozialen Herkunft die Aussiedler – wie die übrigen Migranten – zu einem geringeren Anteil Kinder mit Hochschulreife haben, als einheimische Deutsche. Zweitens verdeutlichen die Analysen, dass es bei den Aussiedlern vor allem diejenigen Eltern sind, die im Herkunftsland gegenüber den Großeltern einen Bildungsaufstieg erreicht haben (und darunter vor allem die erstmals auf akademisches Niveau Aufgestiegenen), deren Kinder in Deutschland besonders geringe Bildungschancen haben. Demgegenüber weisen die Kinder der etablierten Akademiker unter den Aussiedlern (bei denen also auch schon die Großeltern akademisch gebildet sind) Bildungschancen auf, die denen der Kinder einheimischer deutscher etablierter Akademiker vergleichbar sind.

**SOEPpapers No. 105**

Simon Luechinger, Stephan Meier, Alois Stutzer

**Why Does Unemployment Hurt the Employed?  
Evidence from the Life Satisfaction Gap between the Public  
and Private Sectors**

High rates of unemployment entail substantial costs to the working population in terms of reduced subjective well-being. This paper studies the importance of individual economic security, in particular, job security, in workers' well-being by exploiting sector-specific institutional differences in the exposure to economic shocks. Public servants have stricter dismissal protection and face a lower risk of their organization's bankruptcy than do private sector employees. The empirical results for individual panel data for Germany and repeated cross-sectional data for the United States and the European Union show that the sensitivity of subjective well-being to fluctuations in unemployment rates is much lower in the public sector than in the private. This suggests that increased economic insecurity constitutes an important welfare loss associated with high general unemployment.

**SOEPpapers No. 106**

Johannes Gernandt, Friedhelm Pfeiffer

**Wage Convergence and Inequality after Unification:  
(East) Germany in Transition**

This paper investigates the wage convergence between East German workers and their West German counterparts after reunification. Our research is based on a comparison of three groups of workers defined as stayers, migrants and commuters to West Germany, who lived in East Germany in 1989, with groups of West German statistical twin workers, all taken from the Socio-Economic Panel (SOEP). According to our findings, wage convergence for stayers is roughly 75 percent and for commuters 85 percent. Wages of migrants to West Germany equal the ones of their West German statistical twins. We conclude that labor markets in East and West Germany are still characterized by wage differences but that the degree of inequality in both regions converged.

**SOEPpapers No. 107**

Marco Caliendo, Frank Fossen, Alexander Kritikos

**The Impact of Risk Attitudes on Entrepreneurial Survival**

Risk attitudes have an impact on not only the decision to become an entrepreneur but also the survival and failure rates of entrepreneurs. Whereas recent research underpins the theoretical proposition of a positive correlation between risk attitudes and the decision to become an entrepreneur, the effects on survival are not as straightforward. Psychological research posits an inverse U-shaped relationship between risk attitudes and entrepreneurial survival. On the basis of recent waves of the German Socio-Economic Panel (SOEP), we examine the extent to which risk attitudes influence survival rates of entrepreneurs. The empirical results confirm that persons whose risk attitudes are in the medium range survive significantly longer as entrepreneurs than do persons with particularly low or high risks.

**SOEPpapers No. 108**

## Wirtschaftswachstum: Rote Null im dritten Quartal

Das DIW-Konjunkturbarometer hat sich gegenüber dem Vormonat abermals abgeschwächt. Für das laufende dritte Quartal signalisiert es nunmehr ein leichtes Schrumpfen der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorquartal.

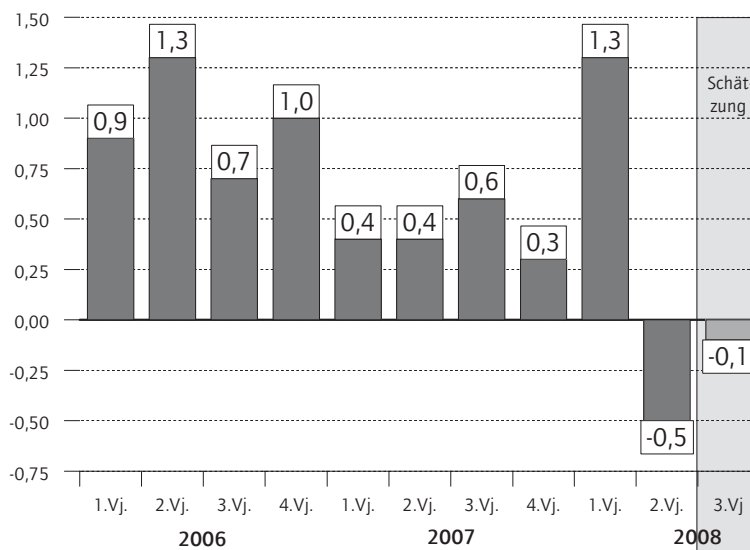
„Aus der schwarzen Null im August ist nun eine rote Null geworden“, so DIW-Konjunkturexperte Dr. Stefan Kooths. Die Einschätzung der Konjunkturlage hat sich damit aber nicht wesentlich gewandelt. „Derzeit schwächelt die deutsche Wirtschaft zwar, eine konjunkturelle Krise ist aber nicht in Sicht“, so Kooths weiter.

Der gesamtwirtschaftlichen Wachstumszahl liegen folgende Entwicklungen in den großen Wirtschaftsbereichen zugrunde:

- Das Produzierende Gewerbe sieht sich einer deutlichen Abkühlung gegenüber, die sich in einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,5 Prozent äußert. Hier schlägt sich nicht zuletzt die seit Monaten schwache Entwicklung der Auftragseingänge nieder.
- Auch die Bauleistungen dürften um 1,2 Prozent schwächer ausfallen als im zweiten Quartal.
- Die Dienstleistungssektoren zeigen sich gegenüber der Augustschätzung praktisch unverändert: Für den Bereich Handel, Gaststätten und Verkehr ist mit einem Wachstum von 0,4 Prozent zu rechnen.
- Die unternehmensnahen Dienstleistungen – der mit einem Wertschöpfungsanteil von etwa 30 Prozent gewichtigste Wirtschaftszweig – legen um 0,6 Prozent zu.
- Die privaten und öffentlichen Dienstleistungen expandieren um 0,2 Prozent.

Insgesamt hat sich damit das derzeit auseinanderlaufende Konjunkturbild im Produzierenden Gewerbe einerseits und den Dienstleistungssektoren andererseits weiter akzentuiert.

Vorquartalswachstum in Prozent



Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preis-, saison- und kalenderbereinigt)

© DIW Berlin 2008

## Impressum

DIW Berlin  
Mohrenstraße 58  
10117 Berlin  
Tel. +49-30-897 89-0  
Fax +49-30-897 89-200

## Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann  
(Präsident)  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Dr. habil. Christian Dreger  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Christian Wey

## Redaktion

Kurt Geppert  
PD Dr. Elke Holst  
Carel Mohn  
Vanessa von Schlippenbach  
Manfred Schmidt

## Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789–249  
presse@diw.de

## Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.  
Reklamationen können nur innerhalb  
von vier Wochen nach Erscheinen des  
Wochenberichts angenommen werden;  
danach wird der Heftpreis berechnet.

## Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer  
und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende  
ISSN 0012-1304  
Bestellung unter leserservice@diw.de

## Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

## Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung  
eines Belegexemplars an die  
Stabsabteilung Kommunikation des  
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)  
zulässig.

Gedruckt auf  
100 Prozent Recyclingpapier.



## Publizieren im Elfenbeinturm?

Wann die Öffentlichkeit an akademischen Rankings interessiert sein muss.

Von Klaus F. Zimmermann\*

Bewertungen der Intensität und der Qualität der Leistungen universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen werden üblicherweise durch Rankings von Publikationen in Fachzeitschriften vorgenommen. Sie sind ein Steuerinstrument, da sie direkt oder indirekt mit der Wertschätzung und Finanzierung der Einrichtung oder der betrachteten Personen (also mit Evaluationen) zu tun haben. Sie sind deshalb für die Betroffenen von großer Bedeutung. Betrachtet wird die Zahl der Fachartikel, häufig gewichtet mit der Qualität der Fachzeitschriften, der Länge der Arbeiten und der Anzahl der Autoren. Andere Analysen stützen sich auf die Zahl der Zitate, die die Publikationen erworben haben. Sie reflektieren am besten die Akzeptanz der Forschung.

Rankings und Evaluationen beschäftigen derzeit wieder Fachtagungen der Leibniz-Gemeinschaft, der die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute angehören, sowie den Verein für Socialpolitik, die Landesorganisation der Ökonomen. Das Handelsblatt publiziert dazu ein eigenes Ökonomenranking. Ein esoterisches Glasperlenspiel im akademischen Elfenbeinturm, das Öffentlichkeit und Politik bestenfalls zur Unterhaltung dienen sollte? Nicht zwingend. Auf diesem Wege kann das Wissenschaftssystem leistungsfähig und international wettbewerbsfähig gehalten werden. Gute wirtschaftspolitische Entscheidungen bedürfen einer breit gesicherten wissenschaftlichen Basis. Das zwingt die Wirtschaftsforschungsinstitute zu Recht in den akademischen Wettbewerb, aber auch die Universitäten zu der Aufgabe, empirisch verwertbare Ergebnisse zu liefern.

Die gehandelten Maßzahlen haben aber häufig Mängel, die sie zu Spielereien werden lassen: Sie folgen nicht dem internationalen Standard des Social Sciences Citation Index, das heißt die betrachteten Fachzeitschriften sind sehr selektiv ausgewählt und diskriminieren ganze Forschergruppen, insbesondere wenn sie interdisziplinär arbeiten. Die dabei vorgenommenen Gewichtungen sind problematisch. So werden Spitzenjournals, die viel zitiert werden, hoch bewertet. Dies ignoriert aber die Evidenz, dass die besten Arbeiten in Mittelklassejournals um ein Vielfaches besser zitiert werden, als die weniger beachteten in Topjournals. Dazu kommt, dass nationale, wirtschaftspolitisch relevante Fragen meistens nicht „top“ (sprich international) publizierbar sind, weil sie kein breites Interesse finden.

Folglich wird wirtschaftspolitisch relevante Forschung durch die meisten empirischen Rankings diskriminiert. Sie stellen damit keine geeignete Meßplatte dar, die die breite Öffentlichkeit mehr als unterhaltsam finden muss, solange sie sich nicht auf Zitate stützt.

\* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.